

# WEGE ZUR EINFÜHRUNG EINES ISLAMISCHEN RELIGIONSUNTERRICHTS IN HESSEN



VERANSTALTUNGSDOKUMENTATION  
DES FACHGESPRÄCHS  
10. NOVEMBER 2010 IM HESSISCHEN LANDTAG

[www.gruene-hessen.de](http://www.gruene-hessen.de)

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**  
LANDTAGSFRAKTION HESSEN



# WEGE ZUR EINFÜHRUNG EINES ISLAMISCHEN RELIGIONSUNTERRICHTS IN HESSEN

Am 10. November 2010 fand auf Einladung der GRÜNEN Fraktion im Hessischen Landtag die Veranstaltung „Wege zur Einführung eines islamischen Religionsunterrichts in Hessen“ statt. Es war



das erste Mal, dass im Hessischen Landtag im Rahmen einer Anhörung Experten und interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie ein breites Fachpublikum zu diesem Thema ins Gespräch kamen. Als Experten waren Dr. Michael Kiefer, Islamwissenschaftler, Prof. Dr. Bülent Ucar, Religionspädagoge an der Uni Osnabrück und Prof. Dr. Albrecht Fuess, Islamwissenschaftler an der Uni Marburg eingeladen. Engagiert beteiligte sich auch das Publikum an den Diskussionen. Neben Mitgliedern der GRÜNEN Landtagsfraktion waren unter anderem Mitarbeiter des Kultus- und des Integrationsministeriums, Kommunalpolitiker- und politikerinnen, Vertreterinnen und Vertreter der Quandt-Stiftung, der Islambeauftragte des Bistums Limburg, Vertreter und Vertreterinnen der GEW, Frauen des Kompetenzzentrum Muslimischer Frauen, verschiedene Moscheegemeinden, die alevitische Gemeinde Hessen und Studenten und Wissenschaftler der Universitäten Marburg und Frankfurt gekommen.

Die Wissenschaftler stellten den über 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmern in ihren Referaten dar, welche Schritte zur Einführung eines islamischen Religionsunterrichts andere Bundesländer bereits unternommen haben, welche Modelle in diesen bereits erprobt sind. Auch wurde die Frage diskutiert, welche Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen für das Land Hessen abgeleitet werden kann. In der anschließenden, lebhaften Diskussion mit dem Publikum, wurde einmal mehr deutlich, dass auch in Hessen die Einführung eines Islamischen Religionsunterrichts nicht auf den St. Nimmerleinstag verschoben werden darf und wir von der Erfahrung anderer Bundesländer durchaus profitieren können. Hauptsache der Politische Wille zum konkreten Handeln ist vorhanden.

Herzliche Grüße  
Mürvet Öztürk

**Mehr zum Thema unter:**  
**[www.gruene-hessen.de](http://www.gruene-hessen.de) - Themen - Integration**  
**[www.muervet-oeztuerk.de](http://www.muervet-oeztuerk.de)**

**[www.gruene-hessen.de](http://www.gruene-hessen.de)**

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**  
LANDTAGSFRAKTION HESSEN



# INHALT

1. Grußwort Tarek Al-Wazir: In einem ersten Schritt vorerst Islamkunde einführen.....	2
2. Kurzreferat Dr. Michael Kiefer: Die Situation in anderen Bundesländern - Welche Wege sind möglich?.....	2
3. Kurzreferat: Prof. Dr. Bülent Uçar: Die Situation in Niedersachsen.....	3
4. Kurzreferat Prof. Dr. Albrecht Fuess: Die Situation in Hessen und Bayern.....	4
5. GRÜNE Forderungen - Mürvet Öztürk: Es besteht dringender Handlungsbedarf.....	6
6. Anschauliches: Bilder und Videos.....	6



# 1. GRUSSWORT TAREK AL-WAZIR: IN EINEM ERSTEN SCHRITT VORERST ISLAMKUNDE EINFÜHREN

Die GRÜNE Position war Thema des Grußwortes von Tarek Al-Wazir, Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN Fraktion im Hessischen Landtag, an die Versammlung. Bündnis 90/DIE GRÜNEN sind immer für eine strenge Trennung von Staat und Religion eingetreten. 1994 zum Beispiel haben die hessischen GRÜNEN im Rahmen einer Landesmitgliederversammlung (Parteitag) die Abschaffung jeglichen Religionsunterrichts diskutiert. Trotzdem fühlen sich die GRÜNEN dem im Grundgesetz verankerten Gleichbehandlungsgrundsatz verpflichtet. Deshalb setzen sie sich nach längeren Debatten dafür ein, islamischen Religionsunterricht an staatlichen Schulen zu erteilen. Seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 besteht die Gefahr

der Isolation von Musliminnen und Muslimen und der Stigmatisierung des Islam insgesamt. Deswegen gilt: „Islamischer Religionsunterricht an unseren Schulen: Jetzt erst Recht!“

Bereits seit 1999 würden im Integrationsbeirat der hessischen Landesregierung Überlegungen islamischen Religionsunterricht einzuführen diskutiert. Passiert sei aber bislang nichts. Immer noch ruhten sich die Verantwortlichen auf dem vorgeschobenen Argument, sie hätten keine Ansprechpartner, aus. „Wir schlagen vor: Lasst uns in einem ersten Schritt „Islamkunde“ einführen und ich bin sicher, dass wir ganz schnell einen Ansprechpartner finden werden!“, so Al-Wazir abschließend.

# 2. KURZREFERAT DR. MICHAEL KIEFER: DIE SITUATION IN ANDEREN BUNDESLÄNDERN - WELCHE WEGE SIND MÖGLICH?

In seinem Referat ging Dr. Michael Kiefer zunächst auf die Probleme bei der Frage des Ansprechpartners nach Art. 7 Abs. 3 GG ein. Danach referierte Kiefer über die verschiedenen Schritte und Modellversuche, die bislang in den verschiedenen Bundesländern zur Einführung eines islamischen Religionsunterrichts initiiert wurden, vor allem NRW und Bayern. In NRW zum Beispiel wurde in allen Schulformen in den Klassen 1-10 Modelle entwickelt, die in einen islamischen Religionsunterricht übergehen sollen. Seit-

her gibt es an 150 Schulen in den Ballungsräumen NRWs Schulversuche. Die unterrichtenden Lehrkräfte sind bislang entweder fortgebildete Muttersprachler oder Islamwissenschaftler. Diese Tatsache bezeichnete Dr. Michael Kiefer als Provisorium, denn Ersteren fehle die pädagogische Ausbildung und Zweiteren die theologische.

Zusammenfassend stellte Kiefer fest, dass die Praxis der Modellversuche in Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz,

Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein überzeugend zeigten, dass trotz aller Hindernisse ein islamischer Unterricht erfolgreich in allen Schulformen eingeführt werden kann. Die Akzeptanz des Unterrichts bei muslimischen Eltern sei sehr hoch. Als „irreführend“ bezeichnete Kiefer die Gegenüberstellung von Islamkunde und Islamischem Religionsunterricht im Rahmen der Schulversuche. Grundsätzlich seien alle Modellversuche ihrem Selbstverständnis nach Interimslösungen, die den Weg zu einem ordentlichen islamischen Religionsunterricht ebnen sollen. Die Bezeichnung der jeweiligen Modelle spiele seiner Meinung nach keine große Rolle. In NRW, wo Islamkunde erteilt werde, hätten die Lehrerinnen und Lehrer z.B. einen muslimischen Hintergrund. Somit sei in NRW keine Islamkunde im klassischen Sinne erteilt worden, sondern „Islamkunde Plus“.

Abschließend zeigte der Referent auf, welche Handlungsoptionen aus seiner Sicht dem Land Hessen zur Verfügung stünden. Sofern Hessen eine Modellversuchslösung anstreben sollte, seien folgende Grundmodelle denkbar:

- **„Islamkundlicher“ Unterricht mit muslimischen Lehrkräften**  
Inhalte und Lehrkräfte bestimmt der Staat in Kooperation mit ausgewählten muslimischen Organisationen und Einzelpersonlichkeiten (Beispiel NRW).
- **„Runder Tisch“ alle muslimischen Organisationen**  
Dieser erarbeitet die Inhalte eines Islamunterrichts. Die Auswahlentscheidung der Lehrkräfte liegt in der alleinigen Verantwortung des Staates (Beispiel Niedersachsen).
- **Kooperation mit lokalen muslimischen Vereinen und Elternvereinen**  
Beispiel: Muslimische Eltern in Erlangen wollten für ihre Kinder einen Religionsunterricht auf Deutsch. In Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Staatsministerium und der Universität Erlangen-Nürnberg haben sie einen Schulversuch „islamischer Religionsunterricht“ auf die Beine gestellt, der mittlerweile Vorbildcharakter hat (Beispiel Bayern).

Selbstverständlich seien auch Mischformen denkbar.

### 3. KURZREFERAT: PROF. DR. BÜLENT UÇAR: DIE SITUATION IN NIEDERSACHSEN

Prof. Dr. Bülent Ucar nannte zunächst einige statistische, bundesweite Zahlen, bevor er auf die Situation in Niedersachsen einging. 2010 leben in ganz Deutschland zwischen 3,8 und 4,3 Millionen Muslime, das sind ca. 5 % der Bevölke-

rung. Die Schulen erhoben (angeblich) keine Zahlen über muslimische Schüler und konnten deshalb bislang den Bedarf an islamischen Religionsunterricht nicht genau beziffern. Tatsache ist, dass es 2010 ca. 325.000 muslimische Schü-

lerinnen und Schüler gibt und bekenntnisorientierter islamischer Religionsunterricht von der Mehrzahl der Muslime gewünscht wird. Ucar wies auch daraufhin, dass bereits vor dem 11. September 2001 etwa 50 - 70 % der Deutschen den Islam mit Terror und anti-demokratischer Grundgesinnung in Verbindung brachten und andererseits eine aktuelle Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung ergab, dass 90 % der in Deutschland lebenden Muslime die Demokratie für die beste Staatsform halten.

In Niedersachsen läuft seit 2003 ein Modellversuch. Derzeit unterrichten 29 islamische Religionslehrer etwa 2400 Schüler an den 42 Modell-Grundschulen. In ganz Niedersachsen gibt es jedoch rund 1800 Grundschulen, für die bei einer regulären Einführung entsprechend mehr Lehrkräfte benötigt würden. Einen ersten wichtigen Schritt sind die Muslime in Niedersachsen selbst durch die Gründung des Dachverbandes „Schura-Niedersachsen“ gegangen. Der Schura gehören der Großteil der niedersächsischen Moscheevereine und -verbände an. Das niedersächsische Kultusministerium hat die Schura gemeinsam mit anderen Verbänden zu einem „Runden Tisch Islami-

scher Religionsunterricht“ eingeladen. Dieser Zusammenschluss der Muslime darf die islamische Religionsgemeinschaft in Niedersachsen vorübergehend vertreten, also bis die endgültigen verfassungsrechtlichen Vorgaben erfüllt sind.

Zum Abschluss zog Ucar sein Resümee, vor allem in Hinblick auf das hessische Vakuum. Er betonte, dass Integration nur über Gleichberechtigung und Teilhabe an der Gesellschaft erreicht wird und dazu auch die Normalität im Umgang mit dem Islam und islamischem Religionsunterricht gehöre. Die Ansprechpartner der Landesregierung sollten basisdemokratisch, plural und multiethnisch organisiert sein. Wichtig sei auch, dass Islamlehrer an deutschen Universitäten ausgebildet würden. Ucar betonte, dass es inzwischen ausreichend Schulbücher und Lehrpläne gäbe, die lediglich für Hessen überarbeitet werden müssten. Im Übrigen gälte für Hessen, dass Übergangslösungen – zum Beispiel in Form der Islamkunde und sofern sie zeitlich befristet seien und das Ziel islamischer Religionsunterricht nicht aus den Augen verlören – besser seien, als nichts zu tun, wie das bislang in Hessen der Fall sei.

#### **4. KURZREFERAT PROF. DR. ALBRECHT FUESS: DIE SITUATION IN HESSEN UND BAYERN**

Das letzte Referat der Veranstaltung hielt Prof. Dr. Fuess. Er schilderte die Situation in Hessen und in Bayern im Vergleich zu anderen Bundesländer. Zunächst ging er auf die Situation in Hessen mit ein paar Fakten ein: Die Islamische Religions-

gemeinschaft Hessen (IRH) hat bereits 1997 die Einführung von islamischem Religionsunterricht an Hessens Schulen gefordert. Eine Forderung, die 2001 vom hessischen Verwaltungsgerichtshof abgelehnt wurde. In Hessen gibt es circa

67.000 muslimische Schülerinnen und Schüler, die zu unterrichten 350 bis 500 Lehrerinnen und Lehrer benötigt werden. Die Einführung von islamischem Religionsunterricht ist auch Bestandteil des schwarz-gelben Koalitionsvertrages. Allerdings hat sich die hessische Landesregierung auf einen Sonderweg begeben, indem sie zunächst die Einführung von Islamkunde analog zum Ethikunterricht ab den Jahren 2012/2014 beschlossen hat.

In Bayern/Erlangen wurde eine Lösung mit lokalen Ansprechpartnern gefunden. Dort wollten muslimische Eltern für ihre Kinder einen Religionsunterricht auf Deutsch und haben 1999 die Islamische Religionsgemeinschaft Erlangen gegründet. In Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Staatsministerium und der Universität Erlangen-Nürnberg haben sie einen Schulversuch „islamischer Religionsunterricht“ auf die Beine gestellt. Dieser Versuch hat mittlerweile Vorbildcharakter.

Fuess empfiehlt grundlegend in Hessen endlich mit der Einführung von Religionsunterricht für muslimische Schüler zu beginnen. Fuess befürwortete für Hessen die Einführung von bekenntnisorientiertem islamischem Religionsunterricht ohne den Zwischenschritt der Islamkun-

de zu gehen. Denn über kurz oder lang müsse Hessen ohnehin sein Verhältnis zu den hessischen islamischen Verbänden und die Frage der Anerkennung von islamischen Gemeinden als Religionsgemeinschaft klären. Er erachtet es als sehr wichtig, dass eine größtmögliche Zahl der wirklich in Hessen vor Ort lebenden Muslime eingebunden wird und nicht mit einzelnen Verbänden exklusive Vereinbarungen geschlossen werden. Der so gemeinsam beschrittene Weg bei der Entwicklung des bekenntnisorientierten Unterrichts könnte einen bedeutenden gesellschaftspolitischen Beitrag leisten. Sehr wichtig sei aus seiner Sicht auch, bei der Ausbildung der Lehrkräfte für den islamischen Religionsunterricht nichts zu überstürzen. Er warnte davor, schlecht vorbereitete Lehrkräfte etwa des muttersprachlichen Unterrichts einzustellen, denn diese würden auf Jahre hinaus die Stellen für die dann ab ca. 2015 nachrückenden und gut ausgebildeten Lehramtsstudentinnen –und studentinnen blockieren. Die Lehrerinnen und Lehrer müssten darüber hinaus gleichberechtigte und gleichentlohnte Kolleginnen und Kollegen des Lehrerkollegiums werden, die analog zu den Lehrerinnen und Lehrern für die christlichen Theologien, mehrere Fächer an der jeweiligen Schule unterrichten könnten.



## 5. GRÜNE FORDERUNGEN - MÜRNET ÖZTÜRK: ES BESTEHT DRINGENDER HANDLUNGSBEDARF

In Hessen warten ca. 60.000 muslimische Kinder bislang vergebens auf wenigstens erste Schritte der hessischen Landesregierung. Ein Zwischenschritt könnte die Einführung von „Islamkunde Plus“ sein. „Islamkunde Plus“ bedeutet, dass der Unterricht von bekennenden muslimischen Lehrerinnen und Lehrern vermittelt wird, die bereits im Staatsdienst sind und zu Religionslehrern fortgebildet werden. Diesen Schritt kann Hessen heute schon gehen, ohne das eigentliche Ziel, nämlich die Einführung eines bekennenden islamischen Religionsunterrichts aus den Augen zu verlieren. Für die Einführung eines bekennenden Unterrichts muss zunächst die Frage der Ansprechpartner im Sinne der verfassungsrechtlichen Vorgaben gelöst werden. Da ein Angebot an staatliche Schulen für dringend erachtet wird und dieses wichtige Vorhaben nicht am Fehlen eines Ansprechpartners scheitern darf, hat die Deutsche Islamkonferenz in ihrem Zwischen-Resümee aus dem Jahre 2008 eine Übergangslö-

sung vorgeschlagen; es wird empfohlen, das Fehlen des Ansprechpartners durch die Einführung eines Beirates als zeitliche Übergangslösung zu überbrücken. Diese befristete Beirats-Lösung ist dringend für Hessen zu überprüfen. Auch die hessischen Hochschulen brauchen dringend die Unterstützung der Landesregierung, damit Studiengänge „Islamische Studien“ etabliert und islamische Religionslehrerinnen und -lehrer in Kooperation ausgebildet werden können.

„Überall in Hessen stehen Einrichtungen, Organisationen und Verbände in den Startlöchern, um alles Notwendige für die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an Hessens Schulen zu tun. Nun ist die Landesregierung am Zuge: „Integrationsminister Hahn muss endlich handeln!“, betont Mürvet Öztürk, integrationspolitische Sprecherin der GRÜNEN Fraktion im hessischen Landtag und Initiatorin der Veranstaltung.

## 6. ANSCHAULICHES: BILDER UND VIDEOS

Das Video und die Bilder der Veranstaltung. In diesem Zusammenhang danken wir Joachim Schäfer vom Jugendnetz Wetzlar e.V. für seine aufwändige Videodokumentation der Veranstaltung.

### **Video:**

<http://www.youtube.com/user/jugendnetz-wetzlar>

### **Bildergalerie:**

[http://www.muervet-oeztuerk.de/cms/default/dok/363/363994.wege\\_zur\\_einfuehrung\\_eines\\_islamischen\\_r-gallerie.html](http://www.muervet-oeztuerk.de/cms/default/dok/363/363994.wege_zur_einfuehrung_eines_islamischen_r-gallerie.html)





# KONZEPTE FÜR HESSEN: MIT GRÜN GEHT'S BESSER

## IHR DRAHT ZUR FRAKTION

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Fraktion im Hessischen Landtag  
Schlossplatz 1-3  
65183 Wiesbaden

### ZUSTÄNDIGE ABGEORDNETE

#### MÜRDET ÖZTÜRK



Sprecherin für Integration, Migration und Petitionen

Tel.: 0611/350-740  
[m.oetztuerk@ltg.hessen.de](mailto:m.oetztuerk@ltg.hessen.de)  
[www.muervet-oeztuerk.de](http://www.muervet-oeztuerk.de)

### MITARBEITERIN

#### PIA WALCH



Referentin: Innen, Recht, Kommunales, Integration und Justizariat

Tel.: 0611/350-591  
[p.walch@ltg.hessen.de](mailto:p.walch@ltg.hessen.de)

[www.gruene-hessen.de](http://www.gruene-hessen.de)

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**  
LANDTAGSFRAKTION HESSEN

